

tungsrates ist nun ein neuer Bericht der Firma Brown, Boveri & Co. gelangt, in welchem die Berechnungen der Generaldirektion angezweifelt werden. Es heißt darin, daß auf der alten Hauenseinlinie die gleichen Vorteile zu erlangen wären, wie mit dem Westtunnel. Der Verwaltungsrat hat gefunden, daß alles auf das genaueste untersucht werden müsse, und daß man sich nicht dem Vorwurf aussetzen könne, nicht alles genügend erwogen zu haben. Er hat den bestimmten Entschluß gefaßt, es sei der Verwaltungsrat noch weiter zu studieren unter Berücksichtigung der Offerte von Brown, Boveri & Co.

Dieser Beschluß des ständigen Ausschusses des Verwaltungsrates ist sehr auffallend. Man hätte vielleicht Werner Eisenbahnen-Frankungen und Berner Einfluß. Es muß aber doch gesagt werden, daß der Ausschuß des Verwaltungsrates der Bundesbahnen den Beschluß einseitig gefaßt hat; es haben also auch alle Gotthardinteressenten mitgestimmt. Wohl der großen Verantwortung wegen oder weil keine wesentliche Veränderung vorausgesetzt wurde. Es soll also dem ständigen Ausschusse der Bundesbahnen kein Stein nachgeschleudert werden, wohl aber wollen wir untersuchen, ob es nicht unsere Aufgabe wäre, auf eine raschere Vorgangart zu bringen. Oder soll das Studium wieder Jahreslang fortbauern?

Der Redner kommt dann auf den Vorschlag der Elektrifizierung zu sprechen. Beim elektrischen Betrieb sind heute viele Fragen noch ungeklärt. Warum hat der Bund die Versuche auf der Strecke Seebach-Westlingen aufgegeben, an Oerlikon den Betrag von 100,000 Fr. zurückzuzahlen und die Wegnahme der elektrischen Einrichtungen angeordnet? Auf keinen Strecken ist die elektrische Traktion ungünstig und unwirtschaftlich. Aber hat das Drama in die Welt gesetzt, daß gerade für Linien mit harter Leistung der elektrische Betrieb der rationellste sei? Beim Simplex sind andere Faktoren maßgebend, wie z. B. die Raumentwicklung. Der Verschleppungsbedarf muß die Generalabteilung mit aller Macht entgegenarbeiten. Die Hauenseinlinie darf nicht zu einer Versuchsstrecke werden.

Wenn es einmal ernstlich an das Elektrifizieren der Bahnen geht, so sollen nicht kleine Teilschritte, sondern ganze Linien elektrifiziert werden. Den Unterbruch der Fahrt, resp. den ganz erheblichen Zeitverlust, verursacht durch den Übergang von einer Kraftart zur andern mitten auf der Strecke können wir uns nicht gefallen lassen, besonders nicht auf der Linie Basel-Chaffais, wo jede Minute eine Rolle spielt. Die jetzige Linie bietet auch bei elektrischem Betriebe gegenüber dem Westtunnel minderwertig. Dant man den Westtunnel jetzt nicht, so wird man ihn doch später bauen müssen, und die Kosten der Elektrifizierung der jetzigen Linie hat man dann drein.

Von unsern westlichen Nachbarn, unsern Berner Freunden, dürfen wir mit Zug und Recht verlangen, daß sie gegen den Hauensein-Westtunnel keine Opposition machen, sind wir doch durch ihre Eisenbahnpolitik ohnehin schwer genug gefährdet.

Alle unsere schweizerischen Hauptzüge sind einmal auf schwachen Füßen gestanden und haben verschiedene Stellen durchgemacht, jedoch sogar vom Auslande her Kuratoren herangezogen werden mußten. Den Schweiz. Bundesbahnen droht auch eine Krise, sofern den separatistischen Sonderinteressen noch länger geduldet wird. Das einzige Rettungsmittel besteht darin, daß wir fürderhin nationale, schweizerische Eisenbahnpolitik betreiben. Diese ist aber zugleich auch zürcherische Eisenbahnpolitik.

Der Referent betont die große Aufgabe, welche der Gotthardtrasse Basel-Chaffais zukommt. Sie erhält den Verkehr westlich am längsten den Schweiz. Bundesbahnen und gibt die besten kommerziellen Einnahmen. Die Generaldirektion hat bisher die Sachlage richtig beurteilt; sie findet es mit uns in höchstem Maße unrationell, bestehende benutzte Linien zu entwerfen und Unnutzen auszuwirken für Eisenbahne, die sich nur an der Konkurrenz der Linien erhalten können. Ihr Grundgedanke ist, die bestehende Verbindung nach Süden berast zu verbessern, daß sie allen Forderungen genügen kann, d. h. diese Linie vollständig auf der Höhe der Zeit zu halten. Mit diesen Verbesserungsarbeiten darf aber nicht länger zugewartet werden; die Bundesbahnen müssen der drohenden und mit aller Sicherheit eintretenden Konkurrenz sofort begegnen.

Bei Beurteilung der Eisenbahnerverhältnisse muß man unterscheiden zwischen Warentransport und Personenbeförderung. Der Warentransport geht der Bahn die großen Einnahmen. Die Bahnverwaltungen haben bestimmte Gezeiten, diesen Verkehr dieser oder jener Linie zuzuwenden. Anders beim Personenverkehr. Die Bahnverwaltungen haben den Personenverkehr nicht

wesentlich in den Händen, weil der Wille des Reisenden ausschlaggebend ist. Hier entscheidet rasche Fahrt, Bequemlichkeit und landschaftliche Schönheiten. Redner kommt noch kurz auf diese drei Faktoren zu sprechen.

Durch Erschließung des Westtunnels am Hauensein wird die Fahrzeit Basel-Ostern um 20 Minuten verringert. — Durch Anlage der Schnellspur Aargau-Luzern wird auch auf dieser Strecke die Fahrzeit wesentlich verkürzt, und es soll und wird möglich sein, die Strecke Basel-Luzern, inklusive den kurzen Ausfallstücken in Ostern, in 1 1/2 Stunden zu durchlaufen. Unsere Forderung ist daher: Sofortige Annahmemaße des Hauensein-Westtunnels und verbührende Vervollständigung der zweiten Spur Aargau-Luzern mit wesentlicher Verbesserung der Aargauer Strecke.

Der Redner stellt vielfach auf Bequemlichkeit, besonders im internationalen Verkehr. Eine außerordentliche Bequemlichkeit bedeutet der elektrische Betrieb der Bergstrecken auf den Alpenbahnen mit ihren vielen und großen Tunneln. Hier wird uns der Abstieg voraussetzen. Es liegt sowohl im Interesse der Bundesbahnen, wie der Zentralbahn, daß sobald wie möglich mit der Elektrifizierung der Gotthardtrasse vorgegangen wird. Nachdem der Bund die Westtunnels im Gotthard gesichert hat, darf erwartet werden, daß diese Arbeit zusehends fortgeführt werde.

Und endlich die landschaftliche Schönheit, welche die Linie Basel-Chaffais bietet, kann uns nicht genommen werden; wir werden da immer im Vorprung bleiben, doch ist nicht zu vergessen, daß auch andere Fremdenzentren gewaltige Anstrengungen machen, um den Verkehr immer mehr in ihr Gebiet zu lenken. Der Redner schließt mit folgenden Worten:

Ein gewaltiges Kapital ist in der Zentralbahn in Hotelbauten engagiert. Eine rasche Abnahme des Fremdenverkehrs nach unserer Gegend müßte bedenkliche Folgen nach sich ziehen. Ich denke dabei nicht nur an die Hotellerie zu Berg und Tal, sondern auch an das eng damit verknüpfte Gewerbe, das ohnehin eine Zeit arbeitslos stagnieren durchgemacht hat. Das wirtschaftliche Leben liegt auch bei uns darnieder, und man darf gar nicht an die Möglichkeit denken, daß wir auch nur den kleinsten Teil unserer derzeitigen Verkehrsleistung verlieren könnten. Die Richtlinien der inneren Eisenbahnpolitik gehen durch den Westtunnel des Hauenseins auf weiten vergrößerten Geleisen nach Luzern und finden die Fortsetzung in der elektrisch betriebenen Gotthardbahn. Was berichtet und offen gegen diese Bestrebungen agiert und intrigiert werden, unsere hellste Pflicht ist es, daß wir an diesem Programm festhalten. Wir kultivieren damit nicht parochialistische Interessen; unsere Interessen decken sich mit den nationalen, schweizerischen! (Lebhafter Beifall.)

Schweiz.

Nationalbank.

Zürich, 11. Nov. Die Nationalbank erhöhte den Diskont von 8 1/2 % auf 4 %, den Lombardzinsfuß von 4 auf 4 1/2 %. Der Lombardzinsfuß für gefuldete Obligationen 4 % und der Satz für Vorkäufe auf Gold 1 % bleiben unverändert.

Zürcher.

Der Große Rat versammelt sich Montag den 29. November vormittags halb 10 Uhr zur ordentlichen Winter Session.

Niederbau-Votrie.

Zahlung.			
342,544	10,000	Fr.	371,768 1000 Fr.
198,845	5,000		423,878 1000
119,093	1,000		988,237 500
282,264	1,000		

(Die Gewährung für absolute Mächtigkeit der telephonisch übermittelten Ziffern.)

Einbürgerung.

Aus Lausanne wird berichtet: Vor Beginn der Sitzung hat am 11. ds. eine Einbürgerungsangelegenheit ihre Erledigung gefunden, die seit 1835 die Behörden einer Reihe von Kantonen und des Bundes beschäftigt. Es handelt sich um die Einbürgerung von acht Heimatlosen, die Nachkommen eines Andreas Pasquale, der im Jahre 1775 in Appenzel mit einer Barbara Schärer getraut worden war. In Uebereinstimmung mit dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement hat das Bundesgericht die acht in Frage stehenden Personen dem Kanton Luzern zur Einbürgerung zugewiesen, da ungewißheit festgestellt werden konnte, daß diese aus einer Ehe stammen, die einer ihrer männlichen Vorfahren mit einer Bürgerin von Aalters geschlossen hatte.

Rechtswesen.

Die kantonale Auffichtskommission für das Bezirkswesen (Präsident Dr. Viktor J. B. Kopp, Sekretär Dr. jur. R. Wintiger) bringt im Hinblick auf die Ver-

lingsprüfungen vom Jahre 1910 Bestimmungen des inneren Bezirksgesetzes, die demnach vorzulegen sind, in Erinnerung. Die Vorschriften beziehen sich auf die Abfassung des Berichtes, die Kontrolle durch den Gemeindevorstand und das durch die Gemeindevorstandszugel zu führende Register. Aus der bezüglichen Publikation im letzten „Kantonsblatt“ ist ersichtlich, daß auf dem kantonalen Sekretariat für das Zivil- und Gewerbewesen ein zentrales Bezirksregister zum Zwecke der besseren Handhabung des Gesetzes angelegt worden ist.

— **Eidgen. Referendumsvorlage.** Der Bundesbeschuß betr. Förderung des Verkehrs nachweislich durch den Bund ist in den Gemeindevorstandszugeln zur Entscheidung durch die Bürger aufgelegt. Die Referendumsschrift läuft am 8. Februar 1910 ab.

— **St. Gallen (Gingel).** Die Telegraphenabteilung veranlaßt gegenwärtig bei Chillon (Station) Versuche mit drahtloser Telegraphie. Es handelt sich um Versuche mit englischen Apparaten für Fern-telegraphie. Die Vorrichtung besteht aus einem von Leutenant Wilmmer kommandierten Militärbedienstet. Gegenwärtig wird mit Bern telegraphiert.

Bünd.

Der Zentralausschuß des Schweizer Bauernverbandes hat am Einigungsversuche des Regierungsrates im Winterthurer Bauernrat laut M. J. J. eine Veränderung vorgenommen im Sinne, daß eine Wochenarbeit von 68 Stunden verlangt wird, statt der vom Regierungsrat vorgeschlagenen 57 Stunden. Zwei andere Veränderungen sind untergeordneter Natur. Der Zentralvorstand des Bauernverbandes hat die Beschlüsse des Zentralausschusses gutgeheißen.

Bern.

Der Regierungsrat unterbreitet dem Großen Rat einen Detachementbericht betreffend die Uebernahme des schweizerischen Telegraphenwesens in die Hand des Staat. Diese Uebernahme ist durch das Gesetz über die kantonalen Schulen vorsehen und vorsehen. Die Stadt Biel wünschte dies schließlich, um die für die drückende Last loszuwerden. Die Uebernahme soll nach dem Entwurf in der Weise geschehen, daß der Staat auf den 1. Januar 1910 den Betrieb und Unterhalt der Anstalt übernimmt. Auf diesen Zeitpunkt gehen das Hauptgebäude des Technikums, sämtliches Schulmaterial, die Lehrmittel, Maschinen, Sammlungen, Bibliotheken, Kapistellen z. B. der Anstalt ohne Entschädigung an den Staat über. Die Erstellung eines neuen Uebernahmevertrages durch Staat und Gemeinde Biel ist vorgesehen. An die Betriebskosten der Anstalt leistet die Gemeinde Biel, nach Abzug der Bundessubvention, einen Drittel der Kosten. Die bisherigen Abteilungen des Technikums bleiben bestehen; es sind die Schule für Maschinenbau, die Schule für Elektrotechnik und Elektromonteur, die Schule für Kleinmechaniker samt Lehrwerkstätten, die Schule für Bautechniker, die Kunstgewerbeschule, die Uhrmacherschule, die Eisenbahnschule, die Volkshochschule, der Vorkurs. Vorbehalten bleibt die Uebernahme der Eisenbahnschule durch die Verwaltung der Schweizerischen Bundesbahnen. Die Errichtung weiterer oder die Aufhebung von bestehenden Abteilungen erfolgt durch Beschluß des Großen Rates. Der Vorkurs kann durch Beschluß des Regierungsrates aufgehoben werden. Die gegenwärtig an der Anstalt bestehenden Lehrstellen werden beibehalten. Deren Anhaber sind mit ihren gegenwärtigen Besoldungen bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer in ihrem Amte zu halten.

Der Regierungsrat legt dem Großen Rat ein Detachementbericht betreffend Vertretung der außerordentlichen Staatsbeiträge an schwer belastete Gemeinden für das Schulwesen. Ferner beantragt der Regierungsrat, an die III. schweizerische Landesausstellung in Bern eine Subvention von Fr. 500,000 zu bewilligen.

Helv.

Der bisherige Bahnhofsvorstand in Erstfeld, Hr. Sinniger, ist zum Bahnhofsvorstand in Goldau gewählt worden. Nachfolger von ihm in Erstfeld wird Hr. Fischer in Alstau.

Freiburg.

— (4. Nov.) Neben der Gruppe hat im Kanton Freiburg einzig und allein im Seebezirk die politische Opposition etwas festes Fuß fassen können, so daß wenigstens von hier aus eine Anzahl Angehöriger der radikalsten Partei in den freiburgischen Großen Rat gewählt werden konnten. Das System Wyss, welches indessen heute schon von 105 Großratsmandatanten rund 100 besitzt, scheint aber gar keine Opposition in der Legislative mehr vertragen zu können und wäre diese numerisch auch noch so bedeutungslos. Man

gibt sich daher alle Mühe, auch im freiburgischen Seebezirk festen Fuß zu fassen, nachdem man bereits bei den letzten Wahlen eine unglückliche Spaltung in den freiburgischen Parteiweltlich zum eigenen Vorteil ausgenutzt hat. Wie man nun vernimmt, trägt sich die Leitung der governmentalen Partei sehr ernsthaft mit dem Gedanken der Gründung eines Regierungsbündnisses konservativen Vates in Murten, und es haben zu diesem Zwecke am letzten Sonntag Versprechungen stattgefunden, an denen auch die Staatsräte Wyss und Deschenaux teilgenommen haben. Nach einer Mitteilung des „Ansbender“ sollen die Mittel für diesen Regierungsbündnis durch den Verkauf eines der Parteiorationen gebenden Mitgliedsbüchens an Alt-Landtagsmitglieder aufgebracht werden. Diese Art der Beschaffung eines Grundkapitals ist freilich auch in den Reihen der eigenen Parteimitglieder auf Widerstand gestoßen, indem sowohl Großrat Benninger wie Steuerernehmer Michaud sich nicht dazu berufen konnten, für den Verkauf eines einträglichen Gebäudes einzustehen, um den Betrag dann einem Blatte zuzuführen zu lassen, dessen Zweckmäßigkeit doch nur sehr fragwürdig ist. Es scheint nun aber, daß das Nachwort Wyss doch seine Wirkung getan hat und daß die Freikämmer des so lang ersehnten Bündnisses in absehbarer Zeit bevorsteht. Die radikalste Führung des Bündnisses soll in den Händen des bisherigen Regierungsratsvorsitzers Labemann und des Lehrs Haccot liegen.

Baselstadt.

Der Große Rat hat am Donnerstag Nachmittag die Diskussion über den von Dr. Eckhard gestellten motivierten Abwählungsantrag zur Regierungsvorlage betr. Verkauf zweier Landkomplexe fortgesetzt. Es entspann sich eine lange Debatte über Bodenwucher, Grundsteuer, Steigerung des Bodenpreises durch Land speculation usw. Schließlich wurde der Abwählungsantrag mit 69 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Für Abwählung stimmten die Sozialdemokraten und ein Teil der sozialistischen liberalen Fraktion, sowie Dr. Eckhard, Demotaxi, und Naag vom evangelischen Arbeiterverein. Dagegen geschloßen die freisinnig-demokratische und liberale Fraktion. Ohne Debatte werden beide Häuser genehmigt.

Basel.

Bei Bestellung des Großen Rates von Aarau hätte nach altem Brauch, von dem nie abgewichen wird, die Präsidenzpflicht an den Vizepräsidenten der letzten Session, den Sozialisten Leo Macchi, übergehen sollen. Zu aller Erntamen gab jedoch der Genosse Bobbi die Erklärung ab, Hr. Macchi und die Fraktion verweigern zu Gunsten der Radikalen, die man dadurch zu aufrichtiger Mitarbeit, speziell beim Schulgesetz, gewinnen hoffe. Leo Macchi, zweifellos einer der tüchtigsten Köpfe der Partei, ließ sich nicht bieten und verzichtete hierüber auf seinen Großratsstuhl. Er ist bereits ersetzt.

Die Konventionisten wollten das Opfer nicht einmal zu tätigen und werfen ihre „Gonneren“ mit schändem Untand vor, wobei der rechtlichste Mann, nach Wohlwollen seien die Triebfedern ihres Handelns gemein, sondern Opportunismusgründe und der Wunsch, sich im gegebenen kritischen Moment um die Veranwortung des Vorfalls herumzubrideln.

Basel.

Der Große Rat beriet am Donnerstag einen Gesetzesentwurf betr. Revision des Strafrechts im Sinne der Bestrafung des Verbrechens der Untreue und zum Schutze der Unversehrtheit des Vermögens und der persönlichen Freiheit, sowie gegen den Wandel mit abhandeln Gegenständen und unzulässiger Aneignung.

Basel.

Der Große Rat hat das Budget, das heute genehmigt wurde, so reduziert, daß das unzulässige Defizit auf 297,128 Fr. herabgesetzt wird. Er überläßt es der Regierung, den geeigneten Zeitpunkt zu einer neuen Sitzung zu einer Revision des Finanzgesetzes im Sinne der Vorlage eines Erbschaftssteuergesetzes und eines Gesetzes über die amtliche Inventarisierung zu bestimmen.

Basel.

Die Stadtschulen. (Mitget.) Nächsten Montag den 16. November tritt für sämtliche städtische Schulanstalten die Interordnung in Kraft; der Unterricht soll damit mit diesem Tage an den Primarschulen um 2 1/2 Uhr, an den Sekundar- und Höheren Lehrerschulen um 4 1/2 Uhr.

Basel.

Die Stadttheater. (Mitget. vom Theaterdirektor.) Auf die heute Freitag abend stattfindende Wiederholung der Oper „Bohème“ ist nochmals besonders aufmerksam gemacht. Am Sonntag nachmittags halb 3 Uhr geht zu ermäßigten Preisen „La Cenerentola“ in Szene. Abends 8 Uhr gelangt die seltsame Operette von

Sozialchronik.

— (4. Nov.) Neben der Gruppe hat im Kanton Freiburg einzig und allein im Seebezirk die politische Opposition etwas festes Fuß fassen können, so daß wenigstens von hier aus eine Anzahl Angehöriger der radikalsten Partei in den freiburgischen Großen Rat gewählt werden konnten. Das System Wyss, welches indessen heute schon von 105 Großratsmandatanten rund 100 besitzt, scheint aber gar keine Opposition in der Legislative mehr vertragen zu können und wäre diese numerisch auch noch so bedeutungslos. Man